

Nachrichtendienst

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **176 (2010)**

Heft 03

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Deutschland

Verbesserung der Aufklärungskapazitäten

Seit Frühjahr 2007 werden sechs deutsche Aufklärungsflugzeuge «Tornado» zur taktischen Luftaufklärung in Afghanistan eingesetzt. Um die Fähigkeiten dieser «Recce-Tornados» an den aktuellen Auf-



Verbesserte Aufklärungssysteme für «Tornado»-Aufklärer.

Bild: Bundeswehr

klärungsbedarf von ISAF anzupassen, sollen mit einem verkürzten Beschaffungsprozess digitale Aufklärungsbehälter «Recce Lite» beschafft werden. Damit wird die Qualität der Aufklärungsergebnisse, insbesondere bei Nacht, verbessert. Zudem können künftig die «Tornado»-Besatzungen die Aufklärungsergebnisse bereits im Flug verschlüsselt an die Auswertestation in Mazar-e-Sharif übermitteln. Über einen Datenverbund werden die Ergebnisse unmittelbar an die Gefechtsführung von Bodentruppen zur Aktualisierung der Lage weitergegeben.

Ab Mitte März 2010 stehen den deutschen Truppen in Afghanistan zwei operative Drohnensysteme mit insgesamt drei Fluggeräten vom Typ «Heron» zur Verfügung. Der Einsatz dieser hochmodernen Aufklärungsmittel erfolgt mit Unterstützung der Firmen Rheinmetall Defence und der israelischen Herstellerfirma IAI. Mit dem Einsatz von «Heron Male»-Systemen (Drohnen, die in mittleren Flughöhen und über grosse Reichweiten eingesetzt werden können) soll die Aufklärungskapazität bei Nacht und in der Tiefe des Einsatzgebietes verbessert werden.

Gegen Ende des letzten Jahres wurden zudem den deutschen Truppen weitere Bodenüberwachungsradargeräte vom Typ BOR-A550 übergeben. Das BOR-A550 ist Teil des mobilen leichten Gefechtsfeldaufklärungsradars (LeGAR), das sich im Auslandseinsatz bereits bewährt hat. Das System wird aus dem Geländefahrzeug «Wolf» betrieben und kann bis 100 m vom Fahrzeug abgesetzt werden. Die Aufklärungsradar BOR-A550 werden in Afghanistan vor allem zum Schutz von Feldlagern und Stützpunkten eingesetzt. Die maximale Reichweite zur Aufklärung von Personen soll etwa 25 km betragen.

Grossbritannien

Sparmassnahmen bei den Streitkräften

Die britischen Streitkräfte müssen in den nächsten Jahren über acht Mrd. Euro einsparen. Zwar dürften die Verteidigungsausgaben in den Jahren 2010 und 2011 wegen des dringend benötigten «Afghanistanpaketes» nominal leicht steigen; in den Folgejahren muss aber mit einschneidenden Kürzungen gerechnet werden. Für den Truppeneinsatz in Afghanistan werden im Wesentlichen folgende Mittel kurzfristig beschafft:

- 22 Transporthelikopter CH-47 «Chinook»
- 7 weitere Drohnensysteme MQ-9 «Reaper»
- zusätzliche minengeschützte Fahrzeuge der Typen «Husky» und «Jackal»
- Ausrüstung für Spezialtruppen und Mittel zur Bekämpfung von Sprengfallen.

Im Zuge der vorgesehenen Einsparungen muss die Royal Navy einen der geplanten Flugzeugträger der «Queen Elizabeth»-Klasse in eine amphibische Plattform konvertieren. Ein Grund liegt in der Kostenentwicklung für die aus den USA zu beschaffenden Kampfflugzeuge F-35C «Joint Strike Fighter», die auf den neuen Flugzeugträgern

zum Einsatz kommen werden. Die Marine hat zwar bereits Verträge für den Bau von zwei Trägern unterschrieben. Der zweite Träger soll jetzt nur noch als amphibisches Führungsschiff gebaut und mit Helikoptern bestückt werden. Mit der vorgesehenen Kürzung des F-35-Bedarfs von seinerzeit geplanten 138 Maschinen auf noch 50 können einige Mrd. Euro eingespart werden. Bei der RAF soll zudem aus Spargründen das Gros der heute noch 64 Maschinen umfassenden «Har-



Geschütztes Fahrzeuge «Jackal».

Bild: ISAF

rier»-Flotte ausser Dienst gestellt werden. Zudem werden die veralteten maritimen Aufklärungsflugzeuge «Nimrod MRA.4» früher als geplant aus dem Verkehr gezogen. Im Weiteren soll die bisher mit Priorität behandelte Entwicklung und Einführung von 50 mittleren Mehrzweckhelikoptern zeitlich hinausgeschoben werden (siehe auch ASMZ Nr. 07/2009, Seite 30).

Dänemark

Geplante Kampfflugzeugbeschaffung

Die dänische Regierung hat die für letzten Sommer in Aussicht gestellte Entscheidung für ein neues Kampfflugzeug auf das Frühjahr 2010 verschoben. Es geht dabei um 25 bis maximal 35 neue Maschinen als Ersatz für die heute im Einsatz stehenden 62 F-16 «Fighting Fal-

con», die ab ca 2015 abgelöst werden sollen.

Im Evaluationsverfahren befinden sich der «Gripen NG» von Saab, der F-35 «Joint Strike Fighter» von Lockheed Martin, der F/A-18 E/F 2 «Super Hornet» von Boeing und der Eurofighter «Typhoon» von EADS.

Neben Dänemark werden in den nächsten Jahren auch die Niederlande und Norwe-

gen (siehe ASMZ Nr. 03/2009, Seite 38) Entscheidung



Kampfflugzeug «Gripen NG».

Bild: Saab

gen bezüglich einer Neubeschaffung von Kampfflugzeugen treffen müssen. In diesen beiden Staaten müssen ebenfalls die veralteten F-16 ersetzt werden. Während in Norwegen ein Kauf amerikanischer F-35A im Vordergrund steht, dürfte in den Niederlanden ein Auswahlverfahren zwischen dem «Gripen NG» und dem F-35A stattfinden.

USA

Entwicklung neuer Kampffahrzeuge

Die US-Army hat Ende 2010 den Zeitrahmen für die Entwicklung und Einführung der geplanten neuen Kampffahrzeugfamilie GCV (Ground Combat Vehicle) bekannt gegeben. Das GCV-Programm soll den vom US-Verteidigungsministerium im letzten Jahr gestrichenen bemannten Teil des FCS-Entwicklungsprogrammes (Future Combat System) ersetzen. Das Aus für die FCS-Gefechtsfahrzeugfamilie ist einerseits auf die massiven Kostenüberschreitungen, andererseits aber vor allem auf die veränderten Einsatzbedürfnisse zurückzuführen. Im Verlaufe der Truppeinsätze im Irak und in

Afghanistan sind immer mehr Zweifel am taktischen Nutzen der FCS-Fahrzeuge aufgekommen. Denn das aufwändige und kostspielige FCS-Programm war im Wesentlichen noch auf die traditionelle



Kampfschützenpanzer M-2A2 «Bradley». Bild: US Army

Kriegführung ausgerichtet; dabei wurden die für heutige Einsätze notwendigen technischen Schutzaspekte, z.B. der Schutz vor Strassenrand-

bomben, zu wenig berücksichtigt.

Gemäss heutiger Planung will die US-Army im Jahre 2017 mit der Einführung der Schützenpanzerversion des neuen GCV-Programmes beginnen. Geplant sind weitere bemannte Varianten, wie Pionierfahrzeuge, Sanitäts- und Führungspanzer. Die neuen Kampffahrzeuge sollen nun später als bisher geplant die immer noch vorhandenen M-113 sowie vor allem die Schützenpanzer M-2 «Bradley» ablösen. Der Zeitplan für das Entwicklungsprogramm des GCV ist sehr ambitioniert, denn erst im letzten Herbst sind die entsprechenden Ausschreibungen an die US-Rüstungsindustrie erfolgt und bereits 2015 sollen die ersten Prototypen vorhanden sein.

USA

Zu den Truppenverstärkungen in Afghanistan

Zu Beginn dieses Jahres hatten die USA rund 70 000 Soldaten und Soldatinnen in der Krisenregion Afghanistan stationiert. Davon standen etwa 38 000 im Rahmen der NATO geführten ISAF (International Stabilisation Force) im Einsatz; die restlichen Truppen waren direkt dem US Kommando Afghanistan unterstellt. Gemäss Beschluss des Präsidenten von Ende November 2009 sollen in diesem Jahr rund 30 000 Mann dazukommen; davon dürfte etwa ein Drittel aus dem Marine Corps stammen, das Gros der restlichen Truppen rekrutiert sich aus der US Army.

Das gesamte Truppenkontingent der ISAF (NATO- und Partnerstaaten beträgt unterdessen über 72 000 Soldaten aus 43 Nationen. Die grössten Truppensteller sind neben den

US-Streitkräften, Grossbritannien (rund 9000), Deutschland (4300) sowie Frankreich und Italien (je ca. 3000 Soldaten). Die von den europäischen Bündnispartnern zu-



Information der Zivilbevölkerung in Afghanistan. Bild: ISAF

gesagten zusätzlichen 7000 Mann dürften erst gegen Ende dieses Jahres einsatzbereit sein. Bisher haben Grossbritannien, Italien, Deutschland, Spanien, Tschechien und Georgien die Entsendung zusätzlicher Soldaten angekündigt.

Mit Eintreffen der Verstärkungen soll so rasch als möglich auch die angekündigte, neue Einsatzstrategie Schritt

für Schritt umgesetzt werden; d.h. die bisherige Verfolgung und Bekämpfung der Taliban soll durch sogenannte «Counterinsurgency Operationen» abgelöst werden. Im Zentrum steht dabei die Zivilbevölkerung, wobei deren Schutz vor Angriffen durch die Aufständischen erste Priorität haben soll. Gleichzeitig wird der Aufstellung und Ausbildung eigener afghanischer Sicherheitskräfte (Militär und Polizei) hohe Priorität beigemessen. Aus diesem Grunde wurde noch Ende 2009 die «Training Mission» in Afghanistan (NTM-A) formell gestartet und gleichzeitig die Aufstellung zusätzlicher Ausbildungsteams beschlossen. Zudem soll das Engagement in den Nachbarstaaten Afghanistans, insbesondere in Pakistan, verstärkt werden. Mit diesem Strategie- und Zielwechsel wird von US- und NATO-Seite u.a. auch der zusätzliche Truppenbedarf begründet.

Iran

Entwicklung ballistischer Lenkwaffensysteme

Im Zusammenhang mit dem laufenden ballistischen Raketenprogramm «Ashura» hat der Iran im Verlaufe der letzten Monate diverse Tests durchgeführt; dabei sollen auch erstmals Lenkwaffen des neuen Typs «Sejil-2» eingesetzt worden sein. Beim Boden-Boden Lenkwaffensystem «Sejil» handelt es sich um eine Mittelstreckenrakete mit Feststofftriebwerk und einer maximalen Reichweite von ca. 2000 km. Bei der zweistufigen Rakete dürfte es sich um eine Weiterentwicklung der «Shahab-3» handeln, die in



Iranisches Lenkwaffensystem «Sejil». Bild: FARS

der Vergangenheit auch an Militärparaden in Teheran gezeigt worden war. Allgemein wird angenommen, dass dieser Raketentyp später auch mit einem Nukleargefechtskopf ausgerüstet werden könnte. Gemäss Informationen von Militärspezialisten dürfte die neue Lenkwaffe in etwa zwei Jahren operationell sein und dann auch den Republikanischen Gardien zugeführt werden. Mit einer angenommenen Reichweite von 2000 km kann dieser Raketentyp vor allem für Israel und die Türkei eine Gefahr darstellen; Mitteleuropa inkl. Schweiz bleiben aber weiterhin ausserhalb deren Einsatzdistanz.

Russland

Brigadisierung bei den Landstreitkräften

Seit Jahren versucht Russland, seine Streitkräfte zu reformieren und gleichzeitig auch zu modernisieren – bisher mit wenig Erfolg (siehe auch ASMZ Nr. 03/2009, Seite 40). Gemäss Informationen aus dem russischen Verteidigungsministerium soll der Krieg in Georgien im Sommer 2008 einmal mehr aufgezeigt haben, dass vor allem bei den Landstreitkräften umfassende Reformen dringend notwendig sind. Nebst den Bestandesreduktionen bei Personal und Waffensystemen



Russischer Mot Schützenverband in Georgien.

Bild: RR mil photos

und dem Abbau von Reserveverbänden soll nun auch die Brigadisierung, d. h. der Wechsel von der immer noch vorhandenen Division-Regiment-Bataillonstruktur rasch umgesetzt werden. Mit der neuen Gliederung in Brigaden – Operatives Kommando –

Militärbezirk (MB) und dem Wegfall der schwerfälligen Divisions- und Armeestrukturen soll zudem eine Straffung der operativ-strategischen Ebene erreicht werden. Bis Ende 2009 sind gemäss russischen Angaben bei den Landstreitkräften aus den aktiven Verbänden 28 so genannte gemischte Brigaden gebildet worden. Diese rund 3500 Mann starken Kampfverbände (Mot Schützen Brigaden) verfügen über die notwendigen Führungs-, Unterstützungs und logistischen Mittel und sollen ohne die bisher üblichen Verstärkungen aus übergeordneten Verbänden

selbständig operieren können. Die Brigaden verfügen im Wesentlichen über folgende Mittel:

- Aufklärungsbataillon
- Drei bis vier Mot Schützenbataillone
- Je ein Panzer- und ein Panzerabwehrbataillon
- Zwei Artillerieabteilungen (Geschütze und Mehrfachraketenwerfer)
- Je eine Flab- und Logistikabteilung.

Gemäss bisher vorliegenden Informationen soll das Gros der neuen Brigaden in den Militärbezirken (MB) Nordkaukasus und Fernost disloziert werden.

China

Verstärkte militärische Aufrüstung

Die verstärkte militärische Aufrüstung Chinas bedroht gemäss Aussagen von US-Verteidigungsminister Gates auch zunehmend die Präsenz der USA im Pazifikraum. Chinas Investitionen in die eigene Rüstungsentwicklung und -produktion, insbesondere bei den ballistischen Raketen-

und Lenkwaffensystemen, den modernen Waffensystemen für die Luft- und Marine-streitkräfte sowie neuer Bewaffnung und Ausrüstung für die Landstreitkräfte sind gigantisch. Dies zeigte sich auch anlässlich der letzten Militärparade vom 1. Oktober 2009 in Peking. Diese Parade war begleitet von der grössten Schau der chinesischen Luftwaffe, die mit den neusten

Kampfflugzeugen, Bombern, Spezialflugzeugen und Heli-



AWACS-Flugzeug KJ-2000 aus chinesischer Produktion.

Bild: China defense

koptern über die Stadt flog. Zudem waren bei den defilierenden Truppen diverse neue Typen von Kampffahrzeugen und Waffensystemen zu erkennen. Einmal mehr ist aufgefallen, dass bei den meisten der chinesischen Neuentwicklungen eine gewisse Ähnlichkeit zu bestehenden russischen Fahrzeugen, Flugzeugen und auch Artilleriesystemen erkennbar ist.

Europa

Status und Perspektiven der konventionellen Rüstungskontrolle

Unter der Leitung des Chefs Internationale Beziehungen Verteidigung, Brigadier Dahinden, wurde im letzten Dezember in der Kaserne Bern das Symposium «ATHENE 2009» durchgeführt. Nach einer Einführung auf der sicherheitspolitischen Ebene wurde dabei den Teilnehmern die aktuelle Situation bezüglich der konventionellen Rüstungskontrolle und Abrüstungspolitik in Europa präsentiert. Dabei

ging es vor allem auch darum, mit internationaler Beteiligung die aktuellen Schweizer Interessen und Aktivitäten im Gesamtbereich der konventionellen Rüstungskontrolle auszu-leuchten. Im folgenden Bericht werden die wesentlichen Bereiche der konventionellen Abrüstung und die diesbezüglichen internationalen Bestrebungen und Aktivitäten dargestellt.

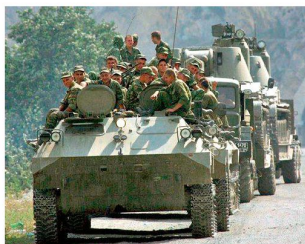
Das Anpassungsübereinkommen KSE-Vertrag (A-KSE)

Der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) begrenzt die An-

zahl von Kampfpanzern, gepanzerten Kampffahrzeugen, Artilleriegeschützen, Kampf-flugzeugen und Kampfhelikoptern. Er schafft zugleich Vertrauen durch gegenseitige Inspektionen und Überprüfungen. Die Hauptziele des Vertrages, der im Jahre 1990 durch die damaligen Mitgliedsstaaten der NATO und des Warschauer Pakts unterzeichnet wurde, konnte mehrheitlich erreicht werden. Mit dem Abbau von mehr als 60 000 Waffensystemen wurde in Europa bei den konventionellen Streitkräften ein stabiles

Gleichgewicht auf niedrigem Niveau geschaffen. Mit dem noch nicht in Kraft getretenen Übereinkommen zur Anpassung des KSE-Vertrages von November 1999 sollte der Vertrag an die veränderten sicherheitspolitischen Bedingungen in Europa angepasst werden. Das Anpassungsübereinkommen enthält u. a. auch Vereinbarungen zum Abzug der russischen Truppen aus Moldawien und Georgien. Russland hat diese Abzugsverpflichtungen bisher abgelehnt, was die NATO-Staaten wiederum veranlasste, ihre Ratifikationen

auszusetzen. Um den politischen Druck in Richtung einer neuen europäischen Sicherheitsordnung zu verstärken, sistierte Russland Ende 2007 die Umsetzung des immer noch gültigen KSE-Vertrags. Mit dem Krieg in Georgien vom Sommer 2008 wurde die Lage zusätzlich erschwert. An ihrem jährlichen Gipfel beschlossen die Aussenminister



Russische Truppen in der Kaukasusregion.

der OSZE im Dezember 2009 die Weiterführung der Diskussionen über eine neue europäische Sicherheitsordnung was die KSE-Problematik einschliesst.

Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen

Wie die aktuellen Konflikte zeigen, verursachen Kleinwaffen mehr Opfer als jede andere Waffenart. Die Kontrolle von Kleinwaffen sowie von leichten Waffen (Kaliber unter 100 mm) einschliesslich ihrer Munition ist daher ein zentrales Anliegen heutiger Abrüstungsbemühungen. In vielen Krisengebieten sind solche Waffen ausserhalb der regulären Streit- und Sicherheitskräfte weit verbreitet. Gemäss Schätzungen sind heute weltweit über 600 Millionen Kleinwaffen mit einer durchschnittlichen Verwendungsdauer von 30–50 Jahren im Umlauf. Noch lange nach Beendigung eines Konfliktes können solche Waffen die Sicherheit gefährden oder auch zur Destabilisierung von Gesellschaften und Staaten führen. Aufgrund der hohen Terrorismusrelevanz wird heute vor allem eine verbesserte Kontrolle bei den

schultergestützten Flugabwehrsystemen (MANPADS), die zu den leichten Waffen zählen, angestrebt. In den vergangenen Jahren haben sich diverse Organisationen und auch einzelne Staaten (darunter auch die Schweiz) aktiv mit der Kontrolle und insbesondere der Vernichtung von Kleinwaffen und Munition beschäftigt. Gemäss Schätzungen wurden bisher bei solchen Aktionen weltweit einige Millionen Kleinwaffen und über 100 000 t Munition vorwiegend in Krisenregionen vernichtet.

Ächtung von Landminen

Das Ottawa-Übereinkommen von 1997 über das Verbot eines Einsatzes sowie der Lagerung, Herstellung und Weitergabe von Personenminen ist das zentrale Vertragswerk zur weltweiten Ächtung dieser Waffenart. Seit seinem Inkrafttreten im Jahre 1999 gilt es als Meilenstein des humanitären Völkerrechts. Die Umsetzung des Ottawa-Übereinkommens ist bisher erfolgreich verlaufen, da insbesondere der Handel mit Personenminen praktisch zum Erliegen gekommen ist. Seit dem Inkrafttreten sind weltweit mehr als 40 Millionen Personenminen in Lagerbeständen vernichtet worden; zudem haben 140 Vertragsstaaten, darunter auch die Schweiz, ihre Einsatzbestände vollständig zerstört.

Nichtsdestotrotz stellen heute die bestehenden Bestände grosser Nicht-Vertragsstaaten sowie der Einsatz von Personenminen durch nicht-staatliche Akteure grosse Herausforderungen dar.

Abkommen gegen Streumunition

Bei Streumunition handelt es sich um Bomben oder Granaten, die bei ihrem Einsatz eine Vielzahl von kleinen Sprengkörpern (Bomblets) freisetzen. Die Streumunitionskonvention verbietet Einsatz, Entwicklung, Lagerung, Weitergabe und Herstellung von Streumunition. Damit wird eine Waffe geächtet, die während wie auch noch nach Beendigung von Konflikten wegen ihrer breiten Flächenwirkung und der hohen Blindgängerrate besonders für die Zivilbevölkerung eine grosse Gefahr darstellt. Seit Dezember 2008 liegt die sogenannte Streumunitionskonvention zur Unterzeichnung auf. Mittlerweile haben 104 Staaten, darunter auch die Schweiz, diese Konvention unterzeichnet. Nach der Ratifikation hätte die Schweizer Armee ihre Kanistermunition zu vernichten, wobei die intelligente Munition SMARt nicht darunter fällt, da sie – nicht zuletzt dank der Initiative der Schweiz – nicht unter die Definition der Konvention fällt.

Konvention über bestimmte konventionelle Waffen

Dieses bereits 1983 in Kraft getretene Übereinkommen hat zum Ziel, den Einsatz bestimmter konventioneller Waffen, die übermässiges Leiden verursachen und ohne Unterscheidung zwischen militärischen und zivilen Opfern wirken, in bewaffneten Konflikten zu verbieten oder einzuschränken. Das Übereinkommen besteht derzeit aus dem Rahmenvertrag und momentan fünf Zusatzprotokollen, welche unter anderem Minen und Sprengvorrichtungen, die Handhabung explosiver Kriegsmittelrückstände, aber auch Brandwaffen, Blendlaser und Sprengmittel mit nicht-entdeckbaren Splittern abdecken. Grundlage der Konvention stellt die Balance zwischen humanitären Bedenken und militärischen Bedürfnissen dar, gestützt auf die völkerrechtliche Verpflichtung, Einsatz und Wirkung von Waffen auf das notwendige Minimum zu reduzieren.

Aktuelle Entwicklungen

Die im internationalen Verbund angestrebten Versuche einer Reduktion der Anzahl und Wirkung von Waffensystemen sowie die Verhinderung gefährlicher Waffenentwicklungen stellen auch weiterhin Eckpfeiler einer verantwortungsvollen und präventiven Sicherheitspolitik dar. Vor allem die europäischen Staaten haben ein grosses Interesse daran, dass die Aktivitäten der konventionellen Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht zum Erliegen kommen. Im Zusammenhang mit dem 20-jährigen Jahrestag der Unterzeichnung des KSE-Vertrags soll in diesem Jahr daher alles unternommen werden, um ein Fortbestehen dieser für die Sicherheit Europas wichtigen Abrüstungsvereinbarungen zu gewährleisten.

Hans Peter Gubler,
Redaktor ASMZ



Munition wird zur Zerstörung vorbereitet.

Bild: US Army